

MELDUNGEN

Betrug mit Schrott-Immobilien

Frankfurt. Wegen betrügerischer Immobilienvermittlung ist ein 48 Jahre alter Kaufmann in Frankfurt zu drei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden. Das Landgericht ging am Freitag von drei Taten aus, bei denen ein Schaden von mehr als 1,6 Millionen Euro entstanden war. Der vorbestrafte Mann hatte an nicht solvente Kunden sogenannte Schrott-Immobilien mit überhöhten Werten vermittelt.

177 000 Autos zugelassen

Wiesbaden. Auf dem hessischen Automarkt sind im ersten Halbjahr 2015 so viele Neuwagen verkauft worden wie lange nicht. Von Januar bis Juni registrierten die Behörden rund 177 000 Erstzulassungen, wie der Landesverband des Kraftfahrzeuggewerbes am Freitag in Wiesbaden mitteilte. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war das ein Plus von 8,1 Prozent. Damit lag Hessen über dem bundesweiten Durchschnitt (plus 5,2 Prozent).

SPD: 1000 Opfer aufnehmen

Wiesbaden. Hessen soll nach dem Willen der SPD-Fraktion ein Sonderkontingent von 1000 Frauen und Kindern aus dem Nordirak und Syrien aufnehmen, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind. Das geht aus einem Antrag der Sozialdemokraten im Landtag hervor. Unterkunft, Versorgung und medizinische Behandlung der Betroffenen soll durch das Land getragen und den aufnehmenden Kommunen erstattet werden.

Aktion gegen die Landflucht

Trendelburg. Gut drei Monate lang haben österreichische Kunststudenten das nordhessische Dorf Gottsbüren bevölkert, um ein Zeichen gegen die Landflucht zu setzen. Der Landkreis Kassel, der die am Sonntag endende Aktion initiiert hat, zog ein positives Fazit. „Es ist genau das passiert, was wir uns versprochen haben“, sagte Sprecher Harald Kühlborn am Freitag. Die Bewohner hätten erfahren, dass man sich für sie interessiere. Das habe ihnen Mut gegeben, selbst etwas zu tun und sich etwa um leerstehende Häuser zu kümmern.

Vermisster Schwimmer tot

Korbach. Die Leiche eines 73-jährigen Mannes ist im nordhessischen Edersee gefunden worden. Der Mann sei seit etwa zwei Wochen vermisst worden, nachdem er im See schwimmen gegangen sei, berichtete die Polizei in Korbach am Freitag. Ob er ertrunken ist oder aus anderen Gründen starb, ist noch ungewiss. Eine Straftat schloss die Polizei aus. Die Leiche des aus Kassel stammenden Mannes wurde am Donnerstagabend am Freitag an einem Steg des Jachthafens Rehbach entdeckt.

Lkw überrollt Radfahrer

Gießen. Beim Zusammenstoß mit einem Lastwagen ist eine 52 Jahre alte Radfahrerin in Gießen schwer verletzt worden und kurz darauf gestorben. Die Frau habe am Freitag an einer roten Ampel neben dem Lastwagen gewartet, teilte die Polizei mit. Als die Ampel auf grün umgesprungen sei, sei der Lastwagenfahrer nach rechts abgebogen und es sei zur Kollision gekommen. Die Frau erlag noch am Unfallort ihren Verletzungen. Den genauen Unfallhergang soll nun ein Sachverständiger aufklären.

Das Ende des Bildungsgipfels

Parteien geben sich gegenseitig die Schuld für das Scheitern · Bleibende Gegensätze statt Konsens

Der Ausgang des hessischen Bildungsgipfels stand schon lange fest. Nach mehr als neun Monaten und der letzten Sitzung der Expertenrunde dominieren die Gegensätze.

Wiesbaden. Der hessische Bildungsgipfel ist nach mehr als neun Monaten und vielen Querelen erwartungsgemäß ohne ein gemeinsames Abschlussdokument aller Teilnehmer zu Ende gegangen. Kultusminister Alexander Lorz (CDU) sprach am Freitag in Wiesbaden trotzdem von einer erfolgreichen Veranstaltung, weil mit der Expertenrunde eine neue Gesprächskultur in Hessen etabliert worden sei und die Landesregierung wichtige Tipps von den Fachleuten bekommen habe. Das Ziel, einen Konsens über die Schulpolitik der kommenden zehn Jahre herzustellen, sei allerdings nicht erreichbar gewesen. „Die festgestellten Grunddissense bleiben sicherlich bestehen.“

Die Opposition von SPD, Linken und FDP bilanzierte dagegen, der Bildungsgipfel sei dramatisch gescheitert. Grund dafür sei, dass die Koalition nicht von alten Position abweichen wollte. Linken-Fraktionschefin Janine Wissler machte vor allem die Hardliner in der CDU dafür verantwortlich. SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel gab Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) eine Mit-



Der hessische Kultusminister Alexander Lorz (CDU, rechts) und Mathias Wagner (Bündnis 90/Die Grünen), Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher, versuchten, den Hessischen Bildungsgipfel als Erfolg zu verkaufen. Foto: Arne Dedert

schuld für das Scheitern, weil er den Gipfel nicht zur Chefsache erklärt habe. Der FDP-Bildungsexperte Wolfgang Greilich sagte, Schwarz-Grün habe den Schulfrieden und die Ruhe an den hessischen Schulen verzerkt.

Kritik an „Verweigerung“ der Oppositionsparteien

Lorz und die Bildungsexperten der Regierungsfaktionen, Armin Schwarz (CDU) und Mathias Wagner (Grüne), verteidigten

das Gipfeltreffen. Die Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppen würden in die künftigen Entscheidungsprozesse für Reformen des Schulsystems einfließen. Hätten nicht einige Verbände sowie vor allem die SPD-Opposition frühzeitig eine konstruktive Mitarbeit verweigert, wären mehr konkrete Vereinbarungen möglich gewesen. „Wir haben die Hände ausgestreckt und waren zu weitreichenden Kompromissen bereit“, betonte Lorz. Eine ausgestreckte Hand müsse

aber auch ergriffen werden. Zu den stärksten Kritikern der Expertenrunde zählte ein Bündnis aus Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern. Landesschulsprecherin Fevziye Zeneli sagte, die vielen Gespräche seien zwar hilfreich gewesen. Auch habe sich die Interessenvertretung der rund 800 000 Schüler in Hessen ernst genommen gefühlt. Wie GEW-Landeschef Jochen Nagel bezeichnete sie aber die Ergebnisse des Bildungsgipfels als unzureichend. Protes-

te gegen die Schulpolitik gab es auch von mehreren Hundert Schülern in Frankfurt. Sie demonstrierten gegen die geplante Streichung von Lehrerstellen in der Oberstufe.

Auch nach dem Ende des Bildungsgipfels wird die kontroverse Debatte um das Schulsystem im Land in Kürze weitergehen. Der hessische Landtag wird sich in seiner Sitzung in der kommenden Woche auf Antrag der SPD-Fraktion erneut mit dem Thema befassen. (dpa)

Ex-Freund gesteht den Mord

Suche nach 22-Jähriger in Müllheizkraftwerk fortgesetzt

Frankfurt. Der Ex-Freund einer verschwundenen Frankfurterin hat gestanden, die Frau getötet und ihre Leiche in eine schwarze Hausmülltonne gesteckt zu haben. Die Suche nach der getöteten 22-Jährigen wurde daher auch am Freitag in einem Müllheizkraftwerk fortgesetzt, wie der Sprecher der Staats-

anwaltschaft, Jesco Kümmel, in Frankfurt sagte. „Die Suche kann noch viele Tage dauern.“ Die Tote sei aber möglicherweise schon ganz oder teilweise verbrannt.

Der 23 Jahre alte Ex-Freund sitzt seit Mittwoch wegen des Verdachts auf Totschlag in Untersuchungshaft, seither wird

auch in dem Müllheizkraftwerk nach der Leiche der Frau gesucht.

Zwischen beiden habe es immer wieder Streit gegeben. Das elf Monate alte Kind der Frau sei schon vor der Tat in staatlicher Obhut gewesen, sagte Kümmel. Ob der Verdächtige der Vater ist, sei unklar. (dpa)

Limburger Bistum macht sechs Millionen Euro Gewinn

Limburg. Das Bistum Limburg hat im vergangenen Jahr nach eigenen Angaben von der guten Konjunktur, höheren Kirchensteuereinnahmen und sparsamem Haushalten profitiert. Das Vermögen beträgt nun etwa 967 Millionen Euro – nach 909 Millionen im Jahr 2013, wie die Diözese am Freitag mitteilte.

Das Bistum machte auch mehr Gewinn, nämlich rund sechs Millionen Euro. Das sei aber nur eine rechnerische Größe, betonte Finanzdezernent Gordon Sobbeck. Denn es sei bereits Geld für Vorsorge, Stiftungen oder Flüchtlingsprojekte vorgesehen. Ohne diese Maßnahmen hätte der Gewinn bei 69 Millionen Euro gelegen. (dpa)

Reklame für die ehrenamtliche Feuerwehr

Hessens Feuerwehr ist bei der EU in Brüssel mit einem Lobbyisten vertreten

Hessens Feuerwehrverband ist jetzt als Lobbyist in Brüssel aktiv. Die EU-Behörden sollen von den Vorteilen des ehrenamtlichen Brandschutzes überzeugt werden. Angesiedelt ist das Büro in der EU-Vertretung Hessens.

von Thomas Maier

Brüssel. Vorschriften für Schutzanzüge oder Arbeitszeiten: Vieles werde heute in Brüssel entschieden, sagt der Vizepräsident des hessischen Feuerwehrverbands, Christoph Weltecke, im Interview. Seine Organisation unterhält gemeinsam mit dem Bundesverband seit dem Frühjahr ein Büro in der hessischen EU-Vertretung. Deren neues Gebäude, das vor zwei Jahren eröffnet wurde, gilt als eines der größten der deutschen Bundesländer in Brüssel.

OP: Herr Weltecke, wieso braucht der hessische Feuerwehrverband ein Büro in Brüssel?

Christoph Weltecke: In Europa gibt es viele fachliche Bezugspunkte zur Feuerwehr: Die

Normierung von Schutzkleidung und Fahrzeugen oder das Thema Führerschein. Darüber wird in Brüssel mitentschieden. Deshalb müssen wir vor Ort sein. Wir kooperieren mit dem Deutschen Feuerwehrverband, dem mitgliederstärksten Feuerwehrverband Europas. Bisher waren diese in Brüssel nicht direkt vertreten.

OP: Inwieweit berührt die Arbeit der EU aber die Aktivitäten hessischer Feuerwehrleute?

Weltecke: Ein Beispiel: Bei der EU-Arbeitszeitrichtlinie geht es um die Frage, ob der Feuerwehrdienst der normalen Arbeitszeit zugeordnet wird. In anderen europäischen Ländern werden Feuerwehren meist hauptberuflich betrieben, in Hessen wie auch in den anderen Bundesländern aber nicht. Wenn also der freiwillige ehrenamtliche Dienst unter die normale Arbeitszeit fallen würde, dann bekämen wir ein erhebliches Problem, weil die Feuerwehrleute die Höchstarbeitszeit schon in ihrem normalen Beruf erreichen.

OP: Es wird gern beklagt, dass Brüssel den Mitgliedsländern zu viele Vorschriften macht. Ist das

auch Ihr Eindruck?

Weltecke: Es gibt sicher systembedingte Probleme. Wir wollen aber keine Schelte betreiben. Wir haben das Büro er-

öffnet, weil wir für unsere Mitglieder dort was erreichen wollen, wo die Entscheidungen getroffen werden.



Christoph Weltecke ist stellvertretender Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Hessen. Foto: Sascha Pfannstiel

OP: Wer ist denn Hessens oberster Feuerwehr-Lobbyist in Brüssel?

Weltecke: Im Moment ist das Büro nur zeitweise besetzt, je nach Anlass.

OP: Wenn jemand vor Ort ist, was macht er dann?

Weltecke: Die Themen werden in Brüssel in unterschiedlichen Gremien bearbeitet. Es gibt für uns also keine zentralen Ansprechpartner. Daher geht es darum, viele Gespräche zu führen, Aufklärungsarbeit zu betreiben und um Verständnis zu werben. Oft ist zum Beispiel das System des ehrenamtlichen Brandschutzes nicht bekannt.

OP: So ein Büro kostet ja auch Geld...

Weltecke: Wir sind Mieter in der Hessischen Landesvertretung. Die Miete bringen der Deutsche Feuerwehrverband und wir gemeinsam auf.

Zur Person: Christoph Weltecke (38) ist begeisterter freiwilliger Feuerwehrmann. Der promovierte Rechtsanwalt aus dem nordhessischen Korbach war schon bei der Jugendfeuerwehr aktiv. Ihm gefällt es, Menschen zu helfen, wie er sagt.